

Krakauer Zeitung.

Nr. 262.

Donnerstag, den 15. November

1860.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Mr., mit Versendung 5 fl. 25 Mr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierseitigen Seite für 7 Mr., für jede weitere Einrückung 3½ Mr.; Stämpelgebühr für jede Einzahlung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Oktober d. J. dem in Ruhestand getretenen Oberamts-Direktor des Brünner Hauptzollamtes, Anton Schleicher, Leopold Kräuter, als Mitter des Ordens der eisernen Kreuz dritter Klasse den Ordensstatuten gemäß, in den Mitterrstand des Österreichischen Kaiserstaates allernädigst zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Oktober d. J. dem in Ruhestand getretenen Oberamts-Direktor des Brünner Hauptzollamtes, Anton Schleicher, Leopold Kräuter, als Mitter des Ordens der eisernen Kreuz dritter Klasse den Ordensstatuten gemäß, in den Mitterrstand des Österreichischen Kaiserstaates allernädigst zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Hand schreiben vom 1. November d. J. dem f. f. Kabinettssekretär, Regierungsrath Freiherrn v. Genothe-Merkelb., die Be willigung zur Annahme und zum Tragen des kaiserlich Russischen St. Stanislaus-Ordens zweiter Klasse allernädigst zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 9. November d. J. den Ministerialrat, Beisitzer und Referenten des obersten Urbarialgerichtes, Franz v. Biggrovic, zum Ministerialrath beim Staatsministerium allernädigst zu ernennen geruht.

Das Finanzministerium hat eine bei der Finanzprokuratur für Österreich ob und unter der Enns, dann Salzburg erledigte Finanzrathsstelle dem Adjunkten erster Klasse bei dieser Finanz Prokuratur, Dr. Julius Hierlinger, verliehen.

Am 14. November 1860 ist in der f. f. Hof- und Staats druckerei in Wien das LXVII. Stück des Reichsgesetzbuches aus gegeben und versendet worden.

Dasselbe enthält unter Nr. 254 das kaiserliche Patent vom 20. Oktober 1860, womit das Statut über die Landesvertretung für die gefürstete Grafschaft Tirol erlassen wird.

Wichtamlischer Theil.

Krakau, 15. November.

Das in der „Wiener Zeitung“ vom 13. d. veröffentlichte, vom 20. October datirte kaiserliche Patent, womit das Statut über die Landesvertretung für die gefürstete Grafschaft Tirol erlassen wird, hat die folgende Einleitung, der wir die Bertheilung und Benennung der Vertretung, und die andern Puncte, worin Abweichungen von den bereits erlassenen Statuten vorkommen, anschließen:

In Anerkennung der treuen und kräftigen Stütze, die Unsere in Gott ruhenden Vorfahren an den Ständen Unserer gefürsteten Grafschaft Tirol seit nahe an 500 Jahren jederzeit und vorzüglich bei den schwersten und drangvollsten Ereignissen gefunden haben, und mit Rücksicht auf die eifrige Fürsorge, welche die Stände Tirols für das wahre Wohl dieses Landes und die Förderung seiner Interessen getragen haben, finden Wir uns bewogen, über die von weiland Sr. Majestät Kaiser Franz I. durch kaiserliches Patent vom 24. März 1816 wieder eingeführte verfassungsmäßige Vertretung des Landes mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse nach Vernehmung Unserer Minister und Anhörung Unseres Reichsrathes folgende Bestimmungen zu erlassen:

Unsere gefürstete Grafschaft Tirol bildet im österreichischen Staatsverband ein innerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen untheilbares Land.

Dieselbe wird fortan durch die vier Stände, nämlich den Prälaten, den Adelstand, den Bürger- und Bauernstand auf dem Landtage vertreten.

Der Landtag hat aus sechshundertfünzig Mitgliedern und zwar: 14 aus jedem Stande zu bestehen.

Der Prälatenstand wird vertreten: 1. Durch den Fürstbischof von Trient oder seinen Delegaten; 2. durch den Fürstbischof von Brixen oder seinen Delegaten; 3. durch einen Delegaten des Fürsterzbischofes von Salzburg aus den Pfarrern des tirolichen Diözesantheiles; 4. durch das Domcapitel von Trient; 5. durch das Domcapitel von Brixen; 6. durch den Abt von Wilten; 7. durch den Abt von Stams; 8. durch den Probst von Neustift; 9. durch den Abt von Fiecht; 10. durch den Abt von Marienberg; 11. durch den Prior von Gries, den Landcomthur des deutschen Ordens und den Probst von Bozen, welche ihren gemeinsamen Vertreter aus ihrer Mitte bestimmen; 12. durch den Probst von Innichen; 13. durch den Probst von Arco; 14. durch den Arciprete von Roveredo.

Der Adelstand wird vertreten durch 14 Abgeordnete, welche aus dem immatrikulirten im Lande begüterten Adel in der Weise gewählt werden, daß hievon acht auf den deutschen und sechs auf den italienischen Landestheil entfallen.

Die Vertretung des Bürgerstandes besteht aus sechs Abgeordneten der Städte: Innsbruck, Bozen, Meran, Hall, Rattenberg, Kitzbühel, Kufstein, Sterzing, Brixen, Klausen, Bruneck, Lienz, Glurns und Bils; ferner der Märkte: Schwaz, Imst, Reutte; dann aus soferne er nicht ohnedies einer höheren Genchmung

fünf Abgeordneten der Städte Trient, Roveredo, Riva, Arco und Ala; ferner der Märkte: Vergine, Levico, Borgo, Lavis, Tes und Fondo; endlich aus zwei Abgeordneten der in Deutschtirol bestehenden Handels- und Gewerbezimmern und aus einem Abgeordneten der im italienischen Landesteile bestehenden Handels- und Gewerbezimmern.

Die Vertretung des Bauernstandes besteht aus 14 Abgeordneten sämtlicher Landbezirke mit Ausschluß der Städte und Märkte, welche ihre Vertretung im Bürgerstande haben. Die Bertheilung der vierzehn Stimmen im Bürger- und Bauernstande ist aus einer der Wahlordnung angehängten Tabelle zu entnehmen.

Die Stellvertreter der Adel werden von diesen selbst aus der Mitte ihrer Stiftsgeschäften namhaft gemacht, jene der zwei Probstie von Innichen und Arco und des Arciprete von Roveredo vom Fürstbischofe über Einvernehmen des betreffenden Probstes oder Arciprete. Für die Abgeordneten des zweiten, dritten und vierten Standes sind gleichzeitig mit ihrer Wahl auch die Wahlen ihrer Stellvertreter vorzunehmen.

In §. 9 ist die Aufzählung der negativen und positiven Bedingungen der Wählbarkeit dieselbe wie in den früheren Statuten, nur das Erforderniß christlichen Religionsbekenntnisses ist noch ausdrücklich genannt.

Die Bestimmungen über die Funktionsdauer, die Beeidigung, den Vorsitz und die Wirksamkeit, dann über den Ausschuß des Landtags sind dieselben wie in den bereits bekannten Statuten. Die besonderen Verhältnisse des Landes haben jedoch über die Landesverteidigung und die Deckung der ständischen Erforderisse einige paar besondere Paragraphen nötig gemacht:

Über das Verhältniß der Landesvertretung zu der Landesverteidigung, zu dem damit zusammenhängenden Schießstandswesen, sowie zu den, für diese Zwecke bestimmten Waffenvorräthen behalten Wir Uns nach Aufführung des Landtages die weitere Regelung vor.

Da die früher zur Deckung der ständischen Erforderisse bestimmten Bezüge und Capitalien nicht mehr bestehen und seither an deren Stelle die Dotation nach Maßgabe des Bedarfes vom Staate gegeben wurde, finden Wir zu bestimmen, daß zur Besteitung des ständischen Haushaltes künftig eine jährliche Versualsumme von 70.000 fl. (siebenzigtausend Gulden) österreichische Währung aus dem Staatschafe verabfolgt werde.

Zur Theilnahme an den Wahlen ist im allgemeinen erforderlich die österreichische Staatsbürgerschaft und die Zugehörigkeit zu einer tirolischen Gemeinde; im besondern beim Adel: daß jeder Wähler und Ge wählte der tirolischen Adelsmatrikel angehöre, einen Grundbesitz in Tirol habe, von welchem wenigstens fünfundzwanzig Gulden Dest. W. jährlich an landesfürstlicher Grundsteuer zu entrichten sind, und daß der Gewählte seit wenigstens einem Jahre in Tirol wohnhaft sei; für den Bürgerstand: daß der Gewählte der Gemeindevertretung einer Stadt oder eines Marktes seines Wahlkreises angehöre; für die Vertretung des Handels und der Gewerbe: daß der Gewählte der betreffenden Handels- und Gewerbezimmern als wählbar angehöre und in deren Gebiete wohnhaft sei; für den Bauernstand: daß der Gewählte einer Gemeinde seines Wahlkreises als Gemeindeglied angehöre, als solches für die Gemeindevertretung wählbar sei und in seinem Wahlkreise einen Grundbesitz eigenhüttlich oder zum lebenslänglichen Fruchtgenüsse inne habe, von welchem wenigstens zehn Gulden Dest. W. jährlich an landesfürstlicher Grundsteuer entrichtet werden. Wer in einem Stande als Wähler berufen ist, kann in einem anderen Stande nicht mitwählen.

Die Bestimmungen über den Wahlvorgang sind im wesentlichen dieselben wie in den bereits bekannten Statuten; beim Adel ist die Zahl der Stellvertreter (welche den Gewählten an Stimmenzahl zunächst stehen) auf sieben bestimmt; die oben erwähnte Tabelle umschreibt die Wahlkreise für den Bürger- und den Bauerstand, in jedem Wahlbezirk ist ein Abgeordneter zu wählen.

Aus der Geschäftsordnung heben wir hervor. Die Abstimmung nach ganzen Ständen (Curien) ist ausgeschlossen. Eine Übertragung der Stimme ist unter allen Umständen unzulässig.

Der Landeshauptmann hat das Recht an der Erörterung teilzunehmen und mitzustimmen, bei gleicher Stimmenzahl gibt seine Stimme den Ausschlag.

Der Landeshauptmann ist, wenn er glaubt, daß ein vom Landtage gefasster Beschluß den bestehenden Gesetzen oder dem öffentlichen Wohle zu widerläuft, berechtigt und verpflichtet, die Ausführung desselben, insofern er nicht ohnedies einer höheren Genchmung

bedarf, zu sistiren; er hat jedoch Fälle dieser Art stets unverzüglich der a. h. Schlussfassung zu unterziehen.

Das Gerücht, in Berlin seien die Beschlüsse der Würzburger Militärconferenz abgelehnt worden, entbehrt, der „Don. B.“ zufolge, der Begründung. In Bezug auf die Beschlüsse stehen zunächst Special-Verhandlungen zwischen Österreich und Preußen zu erwarten.

Das Gerücht, Preußen habe England gegenüber in Coblenz die Verpflichtung übernommen, sich jeden Streben nach Abänderung des Pariser Vertrages von 1856 zu widersehen, entbehrt, dem Berliner Correspondent „Pr. B.“ zufolge, der Begründung. Mehrfachen Anzeichen zufolge, würde Preußen bei entsprechenden Gegenleistungen ganz bereit sein, an der Befreiung Russlands von drückenden Friedensbedingungen mitzuwirken.

Einige Journale sagen, daß England, auf Untersuchungen Dänemarks, seine Vermittlung in Betreff der deutsch-dänischen Differenzen am Berliner Hofe habe eintreten lassen. Dies ist nicht richtig, erklärt die „N. Pr. B.“, an ein Vermittelndes England nicht. Allerdings sind aber die Unterhandlungen zwischen London und Berlin über diese Angelegenheit, die übrigens seit Jahren geführt wurden, in diesem Augenblick sehr lebhaft.

Von dem bekannten Main-Correspondenten wird der „Berl. Bank- u. Handels-Btg.“ geschrieben: „Die Beiträge haben gemeldet, daß ein letztes eigenhändiges Schreiben des Kaisers Napoleon an den Kaiser Alexander die bestimmte Erklärung enthalten habe, daß Frankreich sich verpflichtet erachtet, selbst dann, wenn Sardinien der angreifende Theil in Italien sein sollte, in jedem Fall die Stipulation von Villafranca aufrecht zu halten, d. h. in jedem Fall für das Verbleiben der Kompanie bei Sardinien einzutreten. Diese Meldung bedarf infoß einer Ergänzung, als die Erklärung zugleich dafür gelaufen hat, daß Frankreich über die Stipulation von Villafranca hinaus sich Sardinien gegenüber nicht gebunden fühle, daß es Sardinien allein überlassen seind werde, sich gegen die Chancen eines Offenkrieges in dem Besitz der annexirten Länder zu behaupten.“

Bekanntlich hat die „Opinione“ einen totalen Bruch zwischen Rom und Frankreich verkündigt. Der „Morning Post“ dagegen wird aus Paris telegraphirt, die Eventualität eines bevorstehenden diplomatischen Bruches zwischen Frankreich und Rom sei mehr als zweifelhaft. Auch dem Gerüchte, daß der Papst Rom zu verlassen gedenke, sobald Franz II. von Gaeta abgegangen sei, schenkt „Morning Post“ keinen Glauben, indem „im Gegenteil gewisse, von der römischen Regierung getroffene Maßregeln beweisen, daß der Papst nicht den Wunsch habe, sich aus seinem Reiche zu entfernen.“

Das Gerücht, als habe Franz II. sich bereits auf einem spanischen Fahrzeuge eingeschifft, erweist sich jetzt als verfrüht. Die Nationalitäten wollen wissen, König Franz sei ganz allein in Gaeta geblieben und habe, wie fast seine Armee, so auch die Mitglieder seiner Familie aus der Festung fortgeschafft; letztere befanden sich an Bord eines Schiffes, das jeden Augenblick in See stechen könne. Das Wiedersehen Garibaldi's mit seinem Könige hat, nach der Behauptung des neapolitanischen Correspondenten, einen durchaus kalten und gezwungenen Charakter gehabt. Er sei dem Könige mit den Worten entgegen gekommen, er werde sich nicht mit Favore verführen. Der Gewährsmann der Debatte will auch wissen, Favore habe Garibaldi wiederum einen verächtlichen Brief geschrieben, Letzterer habe aber die Annahme derselben verweigert. Garibaldi machte vor seiner Abreise nach Caprera noch dem englischen Admiral Mundy einen Besuch.

Bei der viel besprochenen Aenderung der Instructionen des Admirals Le Barbier de Linan vor Gaeta ist vielleicht nicht bemerkt worden, daß die ersten, den Sardiniern weniger günstigen in die Zeit sonst wird durch die Weinsteuer, weil sie mit den hinaufreichten, wo Frankreich für den scheinbaren Beifall zu der von Russland beanspruchten Entente à quatre eine seiner conservativen Demonstrationen machen wollten. Als die Verständigung mißlang, trat Frankreich mit seiner Begünstigung Italiens wieder offenbar hervor. Der Brief des Kaisers gelangte am 24. October nach Warschau, der Constitutionnel veröffentlichte seinen Artikel vom 28. Oct., und Admiral Le Barbier de Linan erhielt andere Instructionen, die Englands dringenden Vorstellungen entsprachen. Die Sorge Frankreichs um den Schutz des Hafens von Gaeta und die Sicherung der Abreise der königlichen

Familie soll, der „K. Btg.“ zufolge, von französischer Seite unter Anderem auch dadurch motivirt worden sein, daß sich die Königin von Neapel seit sechs Monaten in gesegneten Umständen befindet.

Bekanntlich hatte Garibaldi ein Dekret erlassen, welches 6 Millionen Ducati aus dem confiszierten Vermögen des Königs Franz II. zur Vertheilung unter die unter der Bourbonenregierung wegen politischer Verbrechen Verurteilten bestimmt. Wie der „National“ meldet, hat eine namhafte Anzahl der Verurteilten, darunter Männer wie Poerio, Sialoja, Massari, Spaventa, Mancini u. a. gegen jenes Decret Garibaldis protestirt.

Aus Livorno, 12. d., telegraphirt man der „A. B.“: Große Unzufriedenheit in Palermo: man betrachtet die Sendung Montezemolo's, Cordova's und Lafarina's als die Ursache der nahen Entlassung Garibaldis; man fürchtet Unordnungen bei ihrer Ankunft. Man eröffnet dort eine Subscription, um dem Dictator eine Villa und 3000 Ducati jährlicher Rente als Belohnung zu übergeben. Die Subscription nimmt raschen Fortgang.

Die letzten Nachrichten aus Italien lauten: Neapel, 12. November. (Leber Paris.) Garibaldi wurde zum General der Armee ernannt. Man hofft eine baldige Übergabe der Festung Gaeta. Zur in, 12. November. Die heutige „Opinione“ schreibt: „So lange die Kräfte, welche Piemont zur Wahrung seiner Rechte auffordern kann, die Achtung der anderen Mächte nicht für sich haben, muß es unter Waffen bleiben, wenn auch Europa im tiefsten Frieden wäre. Europa muß, wenn es die Ruhe wünscht, die alten von der Erfahrung verworfenen Rechte und alle Spuren der Rechte durch Eroberungen auslöschen und dafür die Rechte der Nationalitäten aufzunehmen und beschützen.“ Mailand, 13. November. Die heutige „Perseveranza“ meldet aus Turin vom 12. November: Garibaldi erklärt in seinem Abschiedsproclam. daß ihn die Stunde des Kampfes bereit finden wird, für die italienische Freiheit zu kämpfen. Briefe aus Paris versichern, Napoleon habe sich bereit erklärt, auf Verlangen Russlands die Tractate vom Jahre 1856 zu revidiren. Durch ein f. Decret aus Neapel, 10. November, ist Garibaldi zum General-Staatssekretär Neapels bis zur Einberufung des Parlamentes ernannt worden; die Angelegenheiten des Außen, des Krieges und der Marine werden der Centralregierung vorbehalten.

Der „Messager du midi“ meldet aus Gaeta vom Sonntag: Der König hat die Vorschläge zur Rücknahme der Festung zurückgewiesen. General Bosco ist angekommen und übernimmt den Oberbefehl. Er hat noch 10,000 Mann außerhalb der Festung. In letzterer ist ein preußischer General mit einer Mission angekommen.

Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 17. September 1860.

(Fortsetzung.)

Graf Bárkoczy: „Wenn ich auch zugebe, daß die neue Weinsteuer in anderen Provinzen weniger lästig ist, so ist doch für Ungarn und die dazu gehörigen Kronländer aus der Ziffer zu entnehmen, daß die indirekten Steuern in diesen letzteren Provinzen vor Einführung der Weinsteuer 51 Millionen und die direkten 33 Millionen also zusammen 84 Millionen Gulden betragen haben. Die Weinsteuer in Ungarn beträgt beiläufig die Hälfte der ganzen Steuer, die auf die Weinproduktion der Österreichischen Monarchie entfällt. Sie ist also eine außerordentliche Last und ich will kein Prophet sein, aber ich glaube, daß wenige Steuern — und wir haben deren gottlob genug — der Regierung mehr Unannehmlichkeiten bereiten, besonders was die relative Summe, die durch dieselbe einkommen wird, betrifft. Die Folge wird gewiß eine sehr ungünstige sein, wenn man die Steuer nicht mit vieler Vorsicht und nur mit der allergrößten Nachsicht in Anspruch nimmt und die Leute nicht drückt. Denn sonst wird durch die Weinsteuer, weil sie mit den verschiedensten Chiffren, mit Hausdurchsuchungen, mit Absforderung der Schlüssel zu allen Kellern u. s. w. verbunden ist, eine Aufregung entstehen, die weit ärger ist als Alles, was man sich denken und erwarten kann.“

„Ich stelle übrigens an den Herrn Grafen Elam als Berichterstatter und an die geehrte Versammlung die Frage und Bitte, ob nicht bei dem Passus (1. Abz. „Export der Weine betreffend“) der betreffende Sach-Stelle aus dem Berichte vor, bis: Bollvereins-Staaten“ für Ungarn ein kleiner Zusatz gemacht werden soll.“

„Es ist schon aus diesem Sache zu ersehen, daß die Hauptaufgabe des neuen Handelsministeriums und vorzüglich eine Aufgabe diplomatischer Natur sein wird, den Export des Weines und hierauf abzielende Veränderungen in den verschiedenen Handelsverträgen anzubahnen.“

„Ich hätte nun sehr gewünscht, daß betreffs der Ungarischen Weine nicht blos die Deutschen Zollvereinstaaten, sondern auch Russland genannt, also etwa beigefügt werde: „und auch mit Russland.“

„Denn der ungarische Wein hat eigentlich seine Bestimmung für den Norden.“

„Deutschland macht ihm hier keine große Konkurrenz, obwohl es selbst viel Wein erzeugt. Mit Russland würde der Verkehr um so mehr steigen als es durch die Eisenbahnen, die sich dort stets mehr entwickeln, unmittelbar näher rückt und blos Wein von Frankreich bezieht. In älteren Zeiten waren die Verhältnisse bei Ausfuhr Ungarischen Weines günstiger. In den achtzigern und neunziger Jahren war der betreffende Zoll außerordentlich gering; allein im Verlaufe der neueren Zeit, in dem gegenwärtigen Decennium namentlich, ward der Export der Ungarischen Weine nach Russland sehr schwierig, weil der Zoll bedeutend erhöht wurde. Zude Begründung des Exportes Ungarischer Weine wären demnach eine der größten Wohlthaten und ein Gegenstand, welcher die Aufmerksamkeit der hohen Regierung verdient.“

Der Minister-Präsident Graf Rechberg: „Die Regierung wird es sich zur Pflicht machen, bei Modifikationen der bestehenden Verträge oder bei Abschaffung neuer Handelsverträge so viel als möglich den Weinexport zu begünstigen. Es stehen aber sehr große Schwierigkeiten im Wege, namentlich weil die Französischen Weine an den meisten Plätzen, insbesondere an den Handelsplätzen viel wohlfreier exportiert werden können, als die Ungarischen. So z. B. kommt an den Südamerikanischen Küsten ein Französischer Baril sehr guten Tischweines, sogenannten Adaméweines beiläufig auf 60 Milreis zu stehen, also ungefähr 60 Gulden. Der Baril hat 300 Flaschen. Es ist nicht möglich, einen Wein mittelnäher oder besserer Qualität von Ungarn um einen solchen Preis an diese Küsten hinzubringen; es ist die Binnenländer Ungarns, welche den Export sehr schwert. Was jedoch die Regierung thun kann, um den Export zu fördern, wird geschehen.“

Graf Bárkoczy: „Österreich hat bis jetzt drei Millionen Gulden Export und eine Hauptursache der Wohlfeilheit der französischen Weine war, daß ihr Export zu Wasser über Bordeaux geschiedet, welches sehr nahe am Meere liegt, während jener der ungarischen Weine, da Ungarn ein Binnenland ist, auf der Achse durch viele hundert Meilen geschehen muß. Dieses hat die Weine ungeheuer vertheutet; allein jetzt, wo die Transportmittel verbessert und überall Eisenbahnen, insbesondere auch in Russland angelegt werden, dürften sich in 2—3 Jahren der Export dieses Artikels, namentlich der ungarische Weinexport, außerordentlich heben und die bisherigen Verhältnisse sich in sehr günstiger Weise ändern.“

Der Leiter des Finanzministeriums ersuchte um das Wort hinsichtlich der Behauptung, daß die Beitragsleistung von Seite der ungarischen Länder größer sei, als von derjenigen der deutsch-österreichischen. Graf Bárkoczy: „Das habe ich nicht behauptet; ich habe nur gesagt, daß die Weinsteuern deshalb so drückender erscheint, weil in Ungarn und den dazu gehörigen Kronländern die indirekte Steuer im Allgemeinen 51 Millionen und darunter die Verzehrungssteuer, wohin die Weinsteuern gehört, 13—14 Millionen beträgt.“

Der Leiter des Finanzministeriums: „Dieser Beitrag ist jener der sämtlichen indirekten Abgaben, um welche es sich hier nicht handelt; die Verzehrungssteuer für Wein und Most beträgt aber für Ungarn nur 2,600,000 fl., in der ganzen Monarchie aber 7,500,000 Gulden und zwar gilt die Ziffer von 2,600,000 fl. für die Weinsteuern nicht blos in Ungarn, sondern auch in den Nebenländern Ungarns, welches Verhältnis für die ungarischen Länder kein drückendes genannt werden kann.“

Was den weiteren Gegenstand der Frage, nämlich den Export betrifft, so liegt es im wohlverstandenen Interesse der Regierung, in jeder Beziehung alle Mittel und Wege zu ergreifen, um eine Ausfuhr für diesen Artikel zu gewinnen. Es besteht schon deshalb großes Interesse, um aus dem Passiv- in den Aktivhandel zu übergehen, allein hier, wo man fremde Staaten gebunden ist, hängt der Gegenstand von wechselnden Ueberentlohnungen und Zugeständnissen ab. Wenn also auch im diplomatischen Wege Einleitungen getroffen werden, so kann man nicht immer auf den günstigen Erfolg mit Sicherheit rechnen, weil es sich zugleich darum handelt, ob der andere Parteientstand darauf eingeht. Früher war die Rede, daß die Weinausfuhr aus Ungarn gering sei, und dies wurde in Verbindung mit der Verzehrungssteuer gebracht. Ich glaube auf die Ausfuhr der Weine in Ungarn hat die Verzehrungssteuer keinen Einfluß, und ich würde mir die Frage erlauben, ob sich Ungarn früher eines größeren Exportes erfreute als jetzt? Seit jener Zeit und mit dem Falle der Zwischenzolllinien sind diese Verhältnisse in Ungarn doch gewiß besser als schlechter geworden.“

Graf St. Julian: „Ich erlaube mir, den hohen Reichsrath auf das Misverhältnis der Weins- und Moststeuer in Ober-Oesterreich aufmerksam zu machen. Dieselbe ist, wie ich glaube, durch die Finanzbehörden selbst noch vor der definitiven Einführung festgestellt worden und erscheint wirklich theilweise als eine doppelte Besteuerung des Grundes und Bodens, theilweise sogar um das Doppelte des Reinertrages, während die Ertragsniss der Obstzucht sich eher vermindernd als vermehrnd und der Arbeitslohn sich erhöhte.“

„Hiezu kommt, daß der Staat jetzt in die häuslichen Verhältnisse steis mehr Einfluß nehmen wird, was doppelt verleidet ist. Es ist zwar im Allgeme-

nen die Abfindung überall Regel, nicht aber in einzelnen Gemeinden und es wird auch anerkannt, daß die Abfindung im Ganzen sich nicht hoch beläuft.“

„Doch sind mir Fälle bekannt, daß Gemeindevorstände und Gemeinderäthe ihre Stelle niedergelegt haben, um nicht Abfindungen leisten zu müssen. Ich unterstüze also ganz den Antrag des Komités, daß die in Rede stehenden Steuern als diejenigen zu betrachten seien, die, wenn einmal der Fall der Möglichkeit eintritt, zuerst abgeschafft werden sollten.“

Graf Auersperg: „Ich möchte mir nur erlauben, daßjenige, was von mehreren Seiten in Betreff des übeln Eindruckes und der großen Aufregung erwähnt worden ist, welche die Einführung der Weinsteuern an anderen Orten hervorgebracht hat, auch rücksichtlich Untersteiermarks und Kraain zu bestätigen.“

„Kraain gehört zu jenen Provinzen, welche bis jetzt durch eine erst später in Aussicht gestellte Einführung dieser Steuer begünstigt sind; allein der Weinbauer Kraains sieht mit Besorgniß dem Zeitpunkte entgegen, in welchem diese Steuern auch ihm auferlegt werden sollen, eine Besorgniß, die um so gegründeter ist, als diese Steuer gerade den ärmeren und durch die überspannten Bifferansäke in der Katastralschätzung am härtesten belasteten Theil des Landes, nämlich namentlich Unterkraain, treffen würde.“

„Es ist leider zu befürchten, daß die getreue Stimmeung dieses Landes, welches sich bisher und gewiß mit Recht den Namen des Slovenischen Tirols erworben hat, durch die Einführung dieser allgemein mit der größten Unzufriedenheit aufgenommenen Steuer in bedenklicher Weise getrübt werden könnte.“

Graf Clam: „Fürst Schwarzenberg hat einen wichtigen Gesichtspunkt in dieser Frage hervorgehoben, nämlich denjenigen, welchen unmittelbaren Einfluss die Besteuerung auf die landwirtschaftlichen Nebengewerbe und auf die Landwirtschaft selbst ausgeübt hat. Dieser Punkt ist bereits vorübergehend an einem anderen Orte erwähnt worden und wird auch noch später erwähnt werden. Nachdem nun der Eindruck, welchen diese Steuer auf die landwirtschaftlichen Gewerbe nimmt, hier nicht erörtert werden kann, aber bereits angeregt wurde, so erlaube ich mir doch, an diesen Punkt einige Worte zu knüpfen. Die Bemerkung des Fürsten Schwarzenberg muß ich allerdings als eine voller Berücksichtigung verdienende bezeichnen und untersuchen.“

„Es ist doch jedevfalls nicht zu verkennen, daß von allen Fabrikzweigen gerade diejenigen, welche in unmittelbarem Zusammenhang mit der Landwirtschaft stehen, welche die unmittelbaren Rohprodukte der Landwirtschaft verarbeiten, einer solchen Steuer unterworfen sind, die in gewisser Beziehung eine Konsumtionssteuer ist und als solche die Grundbesitzer wie jeden anderen trifft, nämlich nach dem Maße der Konsumtion, während sie andererseits auch eine Produktionssteuer ist.“

„Im Wesen der Konsumtionssteuer liegt es, daß jeder Einzelne nach dem Maße der nach eigenem Gutdünken noch weiter zu beschränkenden Konsumtion an dieser Steuer Theil nimmt. Der Grundbesitzer aber befindet sich beim landwirtschaftlichen Nebengewerbe nicht in der Möglichkeit, nach Belieben seinen Erwerbsbetrieb einzustellen oder zu beschränken, je nach den Chancen, welche der Verkehr oder die Preisverhältnisse vorschreiben. Er ist, nachdem es kein selbstständiges, sondern nur ein Nebengewerbe ist, an die Verhältnisse der Landwirtschaft, an die in der Landwirtschaft basirten Betriebsmittel gebunden. Es geht dies so weit, daß er, wenn z. B. in gewissen Fabrikationszweigen, wie in der Brannweinbrennerei, die Erzeugung selbst nur mit Verlust betrieben werden kann, selbst dann noch diesen Zweig der Industrie betreiben muß, weil er einmal diese Richtung eingeschlagen hat. Es gestaltet sich dann der Verlust bei diesem Zweige als eine erhebliche Betriebsauslage, welche er zur Erzeugung einer höheren Quantität von Futter oder zur Erhaltung von Vieh oder zur Gewinnung des Düngers notwendig braucht, und es ist in diesem Falle die Steuer eine der allerdrückendsten, weil sie den Betriebsfond trifft.“

„Es sind hier manche Fabrikationszweige in gewissen Ländern in der Notwendigkeit, sich der Landwirtschaft als Nebengewerbe hinzugeben. Soweit mir die Verhältnisse bekannt sind, ist dies in ganz Galizien beiglück der Brannweinbrennerei der Fall. Eine große Quantität Kartoffeln wird in diesem Lande erzeugt und muß erzeugt werden. Man kann nicht blos Halmfrüchte bauen, indem bie für nicht jeder Boden geeignet ist, oder weil die Production noch nicht auf der entsprechenden Stufe steht. Nun sind die Kartoffeln ein ebenso schwer zu transportirendes als schwer aufzubewahren, so kann man nicht immer auf den günstigen Erfolg rechnen, weil es sich zugleich darum handelt, ob der andere Parteientstand darauf eingeht. Früher war die Rede, daß die Weinausfuhr aus Ungarn gering sei, und dies wurde in Verbindung mit der Verzehrungssteuer gebracht. Ich glaube auf die Ausfuhr der Weine in Ungarn hat die Verzehrungssteuer keinen Einfluß, und ich würde mir die Frage erlauben, ob sich Ungarn früher eines größeren Exportes erfreute als jetzt? Seit jener Zeit und mit dem Falle der Zwischenzolllinien sind diese Verhältnisse in Ungarn doch gewiß besser als schlechter geworden.“

„Ich habe schon im Anfange bemerkt, daß es keinen Fabrikationszweig, der mit der Landwirtschaft unmittelbar zusammenhängt, gibt, welcher nicht einer solchen Steuer unterzogen wird.“

„Ich habe noch weiter berührt, inwiefern diese Steuer unmittelbar auf den Betrieb der Landwirtschaft Einfluß hat. Hätte sie keinen, so ist jedenfalls, wie der Herr Leiter des Finanzministeriums erinnerte, die vorschlußweise Berichtigung nötig. Aber auch diese ist eine Last, um so mehr als das Wiederhereinbringen derselben in vielen Fällen problematisch erscheint, wenn es dem Erzeuger nicht gegönnt ist, mit den Preisen des Produktes den Schwankungen der Erzeugungspreise des hohen Produktes zu folgen.“

„Ich möchte nur noch betonen, daß fast kein Rohprodukt der Landwirtschaft besteht, welches nicht, sobald es einer Fabrikation unterzogen wird, auch einer Verzehrungssteuer, d. h. einer indirekten Abgabe unterworfen wird.“

„Wenn das Sprichwort: Qui bene diligit, bene castigat, richtig ist, so muß man vermuten, daß dies einer besonderen Aufmerksamkeit der früheren Finanzverwaltung, ich sage der früheren Finanzverwaltung, für den Grundsatz zugeschrieben werden muß, nachdem ich anderseits vollkommen mit Dank die Sorgfalt anerkenne, mit welcher der Herr Leiter des Finanzministeriums diesem Gegenstande seine Aufmerksamkeit zuwendung und es wiederholt ausgesprochen hat, daß Hilfe geleistet werden wird.“

Der Leiter des Finanzministeriums: „Wenn auch die landwirtschaftliche Brennerei keinen besonderen Nutzen abwirkt und vielleicht als Brannweinbrennerei allein manchmal sogar Verlust mit sich bringt, so muß ich doch zu bedenken geben, daß bei dem Betriebe dieses Geschäftes als Nebenerwerb der Nutzen aus den Abfällen und dem Dünger für die Mastung und den Feldbau nicht außer Acht zu lassen sei. Bringt also eine Brannweinbrennerei-Unternehmen als solches auch geringen eigenen Nutzen, so ist es doch in anderer Beziehung für die Landwirtschaft selbst von großem Ertrag und Gewinn. Wird ferner behauptet, daß die landwirtschaftlichen kleinen Brennereien sehr gedrückt sind, so muß ich wiederholt bemerken, daß nicht die Steuer allein die Ursache davon ist, sondern vielmehr die Konkurrenz hieran Schuld trägt. Das industriemäßige Brennen der großen Etablissements wird den kleinen Brennern nachtheilig und erschwert ihnen den Absatz.“

„Die kleineren Brennereien können nicht so viel erzeugen, als diejenigen, welche mit größerer Kapitalkraft und mit neuen Fortschritten der Technik arbeiten und dadurch schneller, mehr und besser, so wie für den Konsumenten auch wohlfreier produciren können, eben dadurch aber die Lage der Ersteren wesentlich verschlimmern.“

„Der Steuer allein diese drückende Lage zuzuschreiben, ist sehr gewagt. Es wird sehr geklagt, daß die Brannwein- und Rübensteuer sämlich den Boden fürsten Schwarzenberg muß ich allerdings als eine volle Berücksichtigung verdienende bezeichnen und untersuchen.“

„In den meisten derselben sind diese Steuern eingeführt, und es ist derzeit nicht möglich, aus besonderen Rücksichten auf den Grundbesitz diese Erwerbszweige von der besonderen Besteuerung freizulassen.“

„Ich muß mich schließlich auch noch gegen die Bemerkung verwahren, daß der Grundbesitz unter den früheren Finanzverwaltung in Bezug auf die Belebung mit Steuern ein „so sehr geliebtes Kind“ war.“

„Die Steuer ist Niemanden angenehm zu zahlen, daher die Klagen, aber die Verhältnisse der Finanzabres, welche genugsam bekannt sind, forderten um Beleidigung zu decken, eine Steigerung der Steuern, so mit auch jener, welche den Grundbesitz berührten.“

„Man kann die hier in Rede stehenden Steuern aber auch unter gar keinen Verhältnissen aufgeben; man wird sie allerdings in einem entsprechenderen Systeme und unter zweckmäßigeren Modalitäten vielleicht vereint mit billigeren Säcken einheben können, wenn die finanziellen Zustände es gestatten; aber sit im allgemeinen Sinne für die Freigabe der landwirtschaftlichen Nebenbeschäftigung auszusprechen, wäre mit den Verhältnissen und Steuersystemen der Gegenwart geradezu unvereinbar.“

Reichsrath v. Majlath: „Indem ich den von dem Herrn Fürsten Schwarzenberg angeregten und den Herren Grafen Szécsen und Clam entwickelten Ansichten vollkommen bestimme, kann ich nicht umhin, auf die Bemerkung des Herrn Leiters des Finanzministeriums zurückzukommen. Ich glaube, der Grundbesitz war in dieser Beziehung wirklich von jener ein geliebtes Kind der Finanzverwaltung.“

„Ich erlaube mir in dieser Hinsicht die Aufmerksamkeit Sr. Excellenz auf jenes herrliche Resümé hinzu, welches Friedrich Genz über den Stadionischen Finanzplan veröffentlicht hat: Damals schon hatte den Sach aufgestellt, er habe nichts auszusehen, als daß die Grundsteuer verhältnismäßig zu hoch gegriffen sei, und daß bei der Bequemlichkeit der Finanzverwaltung, hier immer mit kleinen Zuschlägen auf eine leichte Art große Resultate zu erzielen, sehr zu befürchten wäre, daß der Grundstock des landwirtschaftlichen Lebens in Österreich angegriffen werde. Ich kann nur sagen, daß dies wirklich der Fall ist. Diese Richtung hat ihren Höhepunkt unter der früheren Finanzverwaltung erreicht. Ich ehre das ritterliche Gefühl Eurer Excellenz, welches Sie veranlaßte für eine Periode der Finanzverwaltung einzutreten, welcher Sie ferne gestanden sind; aber es ist nicht zu läugnen, daß das besonders in dieser Richtung oft und stark gesündigt wurde. Nur mit Rücksicht auf die jetzige Finanzlage will ich dem Wunsche des Komités beitreten, daß im Falle einer günstigeren Gestaltung des Staatshaushalttes die Befestigung der Wein- und Moststeuer, welche in drückender Weise auf die Lebensgewohnheiten der ländlichen und der kleineren Städtebevölkerung zurückwirkt, bald möglich und in erster Linie angestrebt werden.“

„Ich sage nur mit Hinsicht auf die jetzige Finanzlage, denn sonst müßte ich nothwendig den Antrag stellen, daß dieselbe jetzt und für immer abgeschafft werde, weil ich keine Steuer kenne, welche eine so tiefe Missstimmung und allgemeine Abneigung gefunden hat, wie diese. Eure Excellenz sagten, daß in dieser Beziehung die Last, um so mehr als das Wiederhereinbringen derselben in vielen Fällen problematisch erscheint, wenn es dem Erzeuger nicht gegönnt ist, mit den Preisen des Produktes den Schwankungen der Erzeugungspreise des hohen Produktes zu folgen.“

„Ich sage nur mit Hinsicht auf die jetzige Finanzlage, denn sonst müßte ich nothwendig den Antrag stellen, daß dieselbe jetzt und für immer abgeschafft werde, weil ich keine Steuer kenne, welche eine so tiefe Missstimmung und allgemeine Abneigung gefunden hat, wie diese. Eure Excellenz sagten, daß in dieser Beziehung die Last, um so mehr als das Wiederhereinbringen derselben in vielen Fällen problematisch erscheint, wenn es dem Erzeuger nicht gegönnt ist, mit den Preisen des Produktes den Schwankungen der Erzeugungspreise des hohen Produktes zu folgen.“

nach der Meinung Eurer Excellenz die Regel und nicht die Ausnahme bilden, den Charakter einer Art von Zwangsvorvertrag gehabt haben, nachdem diese Steuer dem Landbewohner in einem sothen Maße verhaft ist, daß sie ihm die Summe nennen können, welche sie immer wollen, und er wird sie, so schwer es ihm fallen mag, bezahlen, nur um diese Plackerei los zu werden.“

Daher erfordert der Abschluß einer solchen Abfindung ein sehr vorsichtiges und gewissenhaftes Vorgehen.“

„Was schließlich den Export der Weine betrifft, so trete ich ganz dem Antrage des Herrn Grafen Bárkoczy bei und glaube übrigens, daß hierauf allerdings die Verzehrungssteuer nur sehr wenig Einfluß genommen habe und hier der Fehler in einer andern Richtung liege. Zu untersuchen, woher es kam, daß die Ungarischen Weine, die noch vor 80 bis 90 Jahren das Lieblingsgetränk des gesamten Nordens waren und in Russland, Polen, Preussen und Norddeutschland mit gleicher Vorliebe getrunken wurden, durch die Französischen Weine vollkommen verdrängt worden seien, wäre vielleicht jetzt nicht an der Zeit. Ich will nur darauf hinweisen, daß, nachdem für die Großmachtsstellung Österreichs von einzelnen Ländern wie von den Individuen so große moralische und finanzielle Opfer verlangt werden, der Wunsch nur billig erscheine, daß auch das Gewicht dieser Großmachtsstellung in die Waagschale gelegt werden soll, wenn es sich um die Wahrung so wichtiger und in volkswirtschaftlicher Beziehung so bedeutender Interessen handelt.“

Graf Andrássy: „Ich halte es für meine Pflicht, die Anträge und Aeußerungen des Herrn Grafen Bárkoczy und des Reichsrathes v. Majlath auf das kräftigste, soweit von mir abhängig ist, zu unterstützen. Es sind dies insgesamt sehr wahre Dinge, und ich kann selbst bestätigen, daß die Aufregung über die Weinsteuern in der That eine große ist. Zu dem, was Fürst Schwarzenberg von doppelten und dreifachen Besteuerungen sprach, bemerkte ich, daß dieses ebenso richtig, als auch in der Natur des bisherigen Finanzsystems begründet ist.“

„Ich bin der Meinung, daß durch die erhöhte Grundsteuer und die Vervielfältigung der Steuern, welche alle auf Grund und Boden zurückwirken, in der That der Grundstock angegriffen sei, an vielen Orten wenigstens, wo der Boden nicht eben sehr reich ist.“

Der Herr Leiter des Finanzministeriums hat zwar als leichten Trost darauf hingewiesen, daß, wenn auch die Brennereien keinen direkten Nutzen abwerfen, doch am Ende mindestens der Dünger zurückbleibt. Ich erlaube mir da als Landwirt zu entgegnen, daß ja Alles nur einen bestimmten Wert hat, folglich auch der Dünger, und es kann einen Wert für ihn geben, um den er viel zu teuer erkaufen wird.“

Der Hauptzweck des Landwirthes ist die Erzeugung wohlfreien Düngers. Wenn eine Brennerei mit Schaden arbeitet, so fällt auf den Dünger eine ungemein große Summe Geldes, die der Landwirt nicht auszugeben im Stande ist.“

Nachdem Niemand mehr das Wort ergriff, werde bei der von Sr. Kaiser. Hoheit vorgenommenen Abstimmung der betreffende Absatz des Komité-Berichtes mit dem von dem Reichsrath Grafen Bárkoczy nach den Worten „bei den deutschen Zollvereinstaaten“ vorgeschlagenen Zusatz „und auch mit Russland“ einheitlich angenommen und sonach non dem durchlauchtigsten Herrn Präsidenten die Sitzung geschlossen.

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 14. Nov. Die Abreise Ihrer Maj. der Kaiserin ist nun definitiv für kommenden Samstag den 17. mittels Elisabeth-Westbahn festgesetzt. Geprägte und Gefolge ist bereits gestern mittels Westbahn abgegangen. Der Herr Leiter des Finanzministeriums hat zwar als leichten Trost darauf hingewiesen, daß die Wahl des englischen Dampfers, auf welchem Ihre Majestät die Fahrt antreten soll, noch nicht bestimmt. Die von der Königin Viktorie unserer Kaiserin zur Verfügung gestellte eigene Yacht „Albert und Viktorie“ soll nämlich etwas klein befunden werden sein, und dem Vermehren nach hat Ihre britische Majestät den Fürsten von Leiningen beauftragt, einen entsprechenderen Dampfer der königlichen Marine zur Disposition Ihrer Majestät der Kaiserin zu wählen. Fürst von Leiningen (ein Sohn der Herzogin von Kent) wird zugleich die Ehre haben, das Kommando dieses Fahrzeugs sowie der kleinen Eskadre zu übernehmen, welche die Kaiserin Elisabeth nach Madeira geleiten wird. Die Suite Ihrer Majestät soll, dem Vermehren nach, aus 40 Personen bestehen. Da die Oberstabsmeisterin Ihrer Majestät, Gräfin Esterhazy, die Reise nicht mitmacht, werden sich die verwitwete Fürstin Windischgrätz nebst mehreren Hofdamen, sowie der Oberstabsmeister Ihrer Majestät, E. M. Graf Nobile, in der Begleitung Ihrer Majestät befinden. — Der Herr Herzog Karl Theodor in Bayern, jüngerer Bruder Ihrer Maj. der Kaiserin Elisabeth, ist gestern Mittags mittels Westbahn

Amtsblatt.

3. 6473 civ. Edict. (2316. 3)

Vom Neu-Sandecer k. k. Kreisgerichte wird bekannt gegeben, daß in dem, in den Krakauer Zeitungslätern vom 10., 11. und 12. September 1860 eingeschalteten Edict vom 8. August 1860 §. 4074 Anton Jaworski unrichtig anstatt Anton Janowski und dessen Erben als die Belangen bezeichnet wurden, und daß in der betreffenden Rechtsache ein anderer Termin zur Verhandlung auf den 13. Februar 1861 um 10 Uhr Vormittags festgesetzt wird.

Aus dem Rath des k. k. Kreisgerichtes.
Neu-Sandec, am 31. October 1860.

L. 14250. E d y k t. (2291. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski ogłasza niniejszym edyktem publicznem, że właścicielce dóbr Jaszczurowa PP. Felix Piękos, Klemens Piękos, Flawian Piękos, imieniem własnym, tudzież maloletniego Wojciecha Piękosa, Wincenty Chrupka imieniem własnym i małoletnich Władyława, Kazimierza i Anieli Chrupków, Roman Wojnowski, Emilia z Wojnowskich Dobkowa, Honorata i Marcela Wojnowskie wniesli w tem c. k. Sądzie na dniu 3. Października 1860 L. 14250 pozew przeciw Józefowi i Zofii z Karwowskich Morskim, tudzież Marcinowi Trzecieckiemu, a na wypadek tychże śmierci ich spadkobiercom prosić o za-wyrokanie, że prawo dożywocia w stanie biernym dóbr Jaszczurowa dom. 27 pag. 171 n. 3 on wpisane wraz z odnośnymi pozycjami jakoto pact. ant. I. pag. 248, 249 n. 1, 2, 3 i 4 on. wyextabulowane być mają.

A gdy pozywająca strona, przedstawia że jej mieszkanie wyż wymienionych zapozwanych nie jest wiadomym, a to i temu c. k. Sądowi wiadomo nie jest, przeto do zastępowania wyż wymienionych zapozwanych względem tegoż pozwu ustanawia się na ich niebezpieczeństwo i koszt kuratora w osobie p. adwokata Dr. Jarockiego a na zastępcego tegoż p. adwokata Dr. Serde.

To ustanowienie ogłasza się w tem celu aby zapozwani albo ustanowionemu kuratorowi udzielili z swojej strony dowodów, albo też względem wyż wymienionego pozwu się sami bronili, lub innego pełnomocnika temu c. k. Sądowi przedstawili.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 23. Października 1860.

3. 15219. Edict. (2300. 2-3)

Vom k. k. Krakauer Landes-Gerichte wird dem, dem Aufenthalte nach unbekannten Adalbert Remer und für den Fall dessen unbekannten Leben mittels eines Edictes bekannt gemacht, es habe wider gegenwärtigen Edictes gemacht, es habe wider denselben Frau Francisca von Kruszyńskie Tobiaszewska hiergerichts unterm 6. October 1860 §. 15219 eine Klage wegen des Erkenntnisses das Recht die mit dem Urtheile des k. k. Tarnover Landrechtes vom 25. September 1823 erzielte im Lastenstande der Güter Podolany dom. 127 p. 197 n. 20 on. zu Gunsten des Adalbert Remer intabuliste Summe von 553 fl. W.W. sammt den vom 24. Juni 1820 zu berechnenden Zinsen und Gerichtskosten pr. 11 fl. 54 kr. m. aug der Hypothek jener Güter zu fordern durch Verzinsung erloschen und deshalb aus den, der Fr. Francisca Tobaszewska laut der Landtafel dom. 127 p. 196 n. 17 hár. und dom. 359 p. 132 n. 18 hár. gehörigen Anteilen jener Güter zu ertabliren und zu lösen sei, angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber mit dem hiergerichtlichen Bescheide vom 16. October 1860 §. 15219 zur mündlichen Verhandlung die Tagstzung auf den 27. November 1860 um 10 Uhr Vormittags angeordnet wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advokaten Hrn. Dr. Machalski mit Substitution des Landes-Advokaten Hrn. Dr. Biessadecki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzuthielen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Landesgerichte anzugeben, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 16. October 1860.

3. 15968. Edict. (2331. 3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Moses Josue Holzberger die k. k. Finanz-Procuratur Namens des h. Staatsverwaltung wegen unbefugter Auswanderung unterm präs. 18. October 1860 §. 15968 Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worunter gleichzeitig zur Erstattung der Einrede die Frist von 90 Tagen bestimmt wird.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landes-Gericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Hrn. Landes-Advokaten Dr. Blitzfeld mit Substitution des Hrn. Landes-Advokaten Dr. Schönborn als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte er-

innert zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzuthielen oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Landes-Gerichte anzugeben, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 22. October 1860.

3. 2236.civ. Edict. (2322. 3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht wurde über das Gesuch des Hrn. Leopold Hartmann die executive Teilung der, dem Franz Gałuszka gehörigen in der Stadt Andrychau sub NC. 99 und 107 gelegenen zur Hereinbringung der erteilten Summe von 262 fl. 50 kr. ö. W. dann der Executionskosten von 3 fl. 3 kr. und 5 fl. 35 kr. ö. W. bewilligt und zur Vornahme derselben der Termin auf den 10. Jänner, 31. Jänner und 14. Februar 1861 jedesmal um 10 Uhr Vormittags festgesetzt.

Die Licitationsbedingungen so wie der Grundbuchstand und der Schätzungsact können in der hiergerichtlichen Registratur eingesehen werden.

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht.
Andrychau, am 23. October 1860.

N. 12896. E d y k t. (2317. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym ogłasza, że na zaspokojenie wywalczoné przez gminę Tuchów przeciw spadkobiercom Stanisławowi Bialkowskiego wyrokami tutejszego c. k. Sądu obwodowego z dnia 24. Grudnia 1857 L. 15876 i c. k. Sądu wyższego z dnia 10. Listopada 1858 L. 14729 sumy 3000 złr. mk. z procentem po 5% od dnia 19. Stycznia 1854, kosztami prawnimi 20 złr. mk. i 15 złr. 16 1/4 kr. w. a. i na następniem kosztami poprzedz w 12 złr. 32 kr. w. a. obecnie w 26 złr. 17 kr. w. a. przysiądzonemi, zezwala na sprzedaż realności w Tarnowie na przedmieściu pod L. 124 położonej do massy spadkowej po Stanisławie Bialkowskim, dom. 12 pag. 124 n. 11 hár. należącej, ktorato sprzedaż w trzech terminach, t. j. 16. Grudnia 1860, 17. Stycznia 1861 i 17. Lutego 1861 każdą razą o godzinie 10tę przedpołudniem odbyć się ma.

Wzywa się zatem chęć kupna mających z tym zawiadomieniem, że za cenę wywoławczą naznacza się kwota 10101 złr. 10 kr. w. a. w drodze sądowego ocenienia powyższej realności obliczona, z której kwoty 10 od st. to jest 10101 złr. w. a. jako wadum przy licytacji złożone być ma, a to albo w gotówce lub w listach zastawnych towarzystwa kredytowego galicyjskiego, lub w publicznych na okaziciela wystawionych obligach dluwu państwa podług ostatniego kursu i że na pierwszym i na drugim terminie w mowie będąca realność tylko nad albo przynajmniej za cenę szacunkową, a w trzecim terminie tylko za taką cenę sprzedaną będzie, która równa jest sumie wszystkich długów na tej realności zabezpieczonę.

Resztę warunków licytacji można w registraturze tutejszego Sądu przejrzeć, lub też w odrysie podnieść.

O czém zawiadamia się strony sporne, hypothekarnych wierzycieli z pobytu nieznajomych, a mianowicie: Dawida Rosset, Józefa Gukler, następnie wszystkich wierzycieli, którymby uchwała niniejsza wele nie, albo niedostatecznie doręczona została, tudzież tych, którzyby dopiero po 30. Września 1860 do księgi gruntowej się zaciągnęli, ostatnich przez kuratora w tem celu jakież dla obrony ich praw w osobie pana adwokata Dra Stojalowskiego z zastępstwem przez p. Dra Adwokata Kaczkowskiego im nadanego.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 16. Października 1860.

3. 16094. Edict. (2330. 3)

Der Inhaber des vom Moses Rosenthal an die Ordre des J. Benis in Michałowice am 8. April 1860 ausgestellten einen Monat a dato in Krakau zahlbaren eigenen Wechsels über 25 Silber Rubeln effectiv wird mittelst dieses Edictes aufgefordert, jenen Wechsel binnen 45 Tagen diesem k. k. Landesgerichte vorzulegen widrigens nach Ablauf dieser Frist dieser Wechsel für amortisiert erklärt werden würde.

Vom k. k. Landesgerichte.

Krakau, am 22. October 1860.

N. 16094. E d y k t

C. k. krajowy Sąd Krakowski wzywa dzierżyciela Sola Wexlu, dato Michałowice 8. Kwietnia 1860 na polecenie (ordre) J. Benisa przez Mojzesza Rosenthal na kwotę 25 rubli srebrem effectiv wstawionego, w Krakowie za miesiąc od dnia wystawienia do spłacenia przypadającego, aby tenże wexel w zakresie dni 45 c. k. Sądowi kra-

innowemu krakowskemu przedłożyl, w przeciwnym bowiem raze wexel ten amortyzowanym zostanie. Kraków, dnia 22. Października 1860.

3. 20628. Concurs-Ausschreibung. (2344. 3)

Im Bereiche der k. k. Finanz-Landes-Direction zu Krakau sind zwei Amtsdienerstellen bei den neu organisierten Sammlungskassen mit dem Gehalte jährlicher 262 fl. 50 kr. ö. W. und dem Anspruche auf Behebung mit der Amtskleidung in Natura zu besetzen.

Die Gesuche sind unter Nachweisung des Alters, eines vollkommen gesunden und rüstigen Körperbaues, des Wohlverhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der Kenntnis der polnischen und der deutschen Sprache, dann des Lesens und Schreibens bis 15. December 1860 im vorgeschriebenen Wege bei der Finanz-Landes-Direction zu Krakau einzubringen.

Es wird jedoch ausdrücklich bemerkt, daß nur solche Individuen um die bemerkten Stellen mit Aussicht auf Erfolg einschreiten können, welche bereits zur Staatsverwaltung im Dienstverbande stehen, oder sich im Stande der Quiescenz befinden.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.
Krakau, am 24. October 1860.

L. 20628. Ogłoszenie.

W okręgu c. k. Dyrekcyi krajowej skarbu w Krakowie będą obsadzone dwie posady slug urzędowych przy nowo organizowanych slugach zbiorowych z opłatą rocznymi 262 złr. 50 kr. w. a. i z pobieraniem munduru urzędowego na koszt wysokiego aerarium sprawionego.

Prośby z udowodnieniem wieku, zupełnie zdrowej i silnej budowy ciała, dobrę konduity, dozychasowej służby, znajomości polskiego i niemieckiego języka w pismie i mowie mają być najdalej do dnia 15. Grudnia 1860 w przepisanej drodze do c. k. Dyrekcyi krajowej skarbu w Krakowie podane.

Zastrzega się wyraźnie że tylko takie kompetencje o wyż zmankowane posady pomyslnego skutku swej prośby spodziewać się mogą, którzy już w służbie rządowej zostają lub w stanie tymczasowego spoczynku się znajdują.

Z c. k. Dyrekcyi krajowej skarbowej.

Kraków, dnia 24. Października 1860.

N. 8301. Concursausschreibung. (2350. 2-3)

Im galizischen Postdirections-Bezirke ist eine Post-Officialstelle letzter Classe mit dem Gehalte jährlicher 525 fl. ö. W. gegen Cautionsleistung von 600 fl. öst.

Während zu besetzen.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig dokumentierte Gesuche insbesondere unter Nachweisung ihrer Sprachkenntnisse und der abgelegten Officialspflichtung, binnen 2 Wochen bei der k. k. galiz. Postdirection in Lemberg einzubringen.

K. k. galiz. Post-Direction.

Lemberg, am 8. November 1860.

Aus freier Hand (2321. 3)

Realität in Krakau

am Piasek, Lubzower Straße Nr. 91 zu verkaufen.

Selbe besteht: Aus einem gemauerten ebenerdigen Wohnhaus mit 5 Zimmern, 2 Küchen und einem Keller – dann einem rückwärtigen gemauerten Nebengebäude mit zwei Zimmern und einer Küche, einem gezimmerten Schopfen eingerichtet als Stall für 2 Pferde sammt einer geräumigen Wagen-Remise, nebenan eine Requisitenkammer und circa 1/2 Joch Garten-Grund.

Sowohl die Gebäude als der Garten sind im guten und gefälligen Zustande erhalten. Das Nähere darf selbst; womöglich ohne Vermittlung einer 3ten Person.

Avgang von Krakau

vom 4. November 1860.

Abgang von Krakau